

Wert 1/4 Jährlich im Stadt, Orts- und Nachbarort-Verkehr Mk. 2.70, außerhalb Mk. 3.80 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfennig. Die 12spaltige oder deren Raum 45 Pfennig. Bei Wiederholungen unveränderlicher Anzeigen entsprechend der Rabatt. Bei gerichtlicher Einziehung und Konturten ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 152 | Druck und Verlag in Altensteig. | Freitag, den 4. Juli. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 2. Juli.

Heute mittag 2 Uhr hat die Nationalversammlung an ihrer eigentlichen Aufgabe, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben, weiter gemacht und mit der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs begonnen, die noch in dieser Woche, weil die Redefristen festgelegt worden sind, zu Ende geführt werden soll. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Konrad Haußmann erklärte einen kurzen Bericht über die Beschlüsse der Verfassungskommission und der Abgeordnete und Berliner Rechtslehrer Dr. Kahl (D. Volksp.) hielt eine Vorlesung über den Einheitsstaat. Der Vertreter der Unabhängigen rüttelte einmahl an der Firma des neuen Volksstaats und möchte zu gern statt „Deutsches Reich“ die Bezeichnung „Deutsche Republik“ gewählt sehen und die Sozialdemokraten sekundierten heute aus durchsichtigen Gründen den Unabhängigen, indem sie für den unabh. Antrag stimmten. Das Ergebnis der Abstimmung war im ersten Augenblick zweifelhaft, weil diese nur durch Erheben von den Sigen erfolgte; die Gegenprobe zeigte aber dann, daß der unabhängige Antrag abgelehnt wird. Es bleibt also bei den Worten „Deutsches Reich“.

Auch über die künftige Reichsflagge wurde in heftigen Kämpfen gestritten; die Unabhängigen plädierten nochmals für „Rot“ und die demokratische Fraktion hat heute mit Bierfüntel-Mehrheit beschloßen, bei dem alten Schwarz-weiß-rot zu bleiben. Professor Quidde begründete den Standpunkt der kleinen Minderheit der Demokraten, welche bei dem im Verfassungsentwurf vorgeschlagenen Schwarz-rot-gold geblieben sind. Die namentliche Abstimmung wurde um 8 1/2 Uhr auf Donnerstag mittag vertagt.

Sitzungsbericht.

Am Reglementstag: Dr. David, Wiffel und Erberger, Vertreter der Einzelstaaten, Helze, Dr. von Preger u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Nach Erledigung der Interpellationen Anshütz (D.-nat.) über Beamtenfragen, wie über die Bilanzwirtschaft, Gröber (Z.) über Revolutionsschäden, Kuer (S.) über die feuerliche Erhaltung der Kriegsgewinne und über die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger tritt das Haus in die zweite Beratung des Entwurfs einer

Verfassung des Deutschen Reiches

ein. Der Verfassungsausschuß hat die äußere Gestalt der Vorlage durch andere Gliederung gänzlich umgeändert. Der Stoff ist in zwei Hauptteile getrennt. Der erste Teil behandelt den Aufbau und die Aufgaben des Reiches, der zweite die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Abg. Heile (D.D.P.) äußert Bedenken und verlangt u. a. für das Räteystem und ähnliche wichtige Punkte erweiterten Spielraum.

Präsident Fehrenbach weist darauf hin, daß die Rätefrage der Gegenstand einer besonderen Vorlage sei, die demnächst auch besonders behandelt werden würde.

Abg. Haußmann (D.D.P.) führt aus, daß das vorliegende Werk unter schwersten Sorgen geschaffen worden ist. Der Spielraum der nationalen Kräfte ist in unerhörter Weise beengt. Um so wichtiger ist ihre Zusammenfassung zur Einheit. Das geschieht durch die Verfassung. Durch sie wird die staatsrechtliche und völkerrechtliche Grundlage für die Zukunft des deutschen Volkes geschaffen. Das kritische Problem des Einheitsstaates ist nicht gelöst worden. Dennoch ist an vier großen Gebieten die Einheit herbeigeführt worden: Reichs-eisenbahn und Reichspost, Reichsabgaben, die Regelung der Reichswasserstraßen und die Reichswehr waren unabweisbar. Das entspricht auch den Gefühlen des Volkes, das die wirtschaftlichen und staatlichen Schwerpunkte im Reich verankert sehen will. Unser Bedürfnis ist die Bildung eines einheitlichen Staatswesens. Das kann nur in einer Körperlichkeit gesehen, nicht in zwei Körperschaften. (Beif.)

Reich und Länder

referierte Abg. Dr. Kahl (D.D.P.): Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs, der ursprünglich beabsichtigt war, ließ sich angesichts der tatsächlichen Lage nicht verwirklichen. Das wichtigste Gebiet des neuen Verfassungswerkes ist die Schaffung eines gerechten Ausgleichs der staatlichen Ansprüche zwischen Reich und Ländern.

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.) begründet den Antrag in der Uebersicht die Worte: Verfassung des Deutschen Reiches zu ersetzen durch: Verfassung der Deutschen Republik. Der neue Staat dürfte mit dem Deutschen Reich von früher nichts zu tun haben.

Reichskommissar Dr. Preuß: Nach unserer ganzen gesellschaftlichen Entwicklung müssen sich die Deutschen Einheitsbestrebungen an das Wort Deutsches Reich. Wir würden sehr erhebliche Werte nationalen Einheitsgefühles vergeuden und zurücktreten, wenn wir den Namen Reich besitzigen wollten.

Abg. Dr. Ullrich (D.D.P.): Es wäre völlig verkehrt, die Bezeichnung Deutsches Reich deshalb besitzigen zu wollen, weil es nach der Auffassung des Herrn Dr. Cohn ein Deutsches Reich nicht mehr geben soll. Das Deutsche Reich besteht.

Abg. Quark (S.): Ueber die Frage, ob es in der Uebersicht Deutsches Reich oder Deutsche Republik heißen soll, läßt sich streiten. Wir weisen ihr keine große Bedeutung zu, da

ja in der Verfassung selbst von der deutschen Republik die Rede ist. Um aber Mißverständnisse vorzubeugen, sind wir geneigt, für den Antrag Cohn zu stimmen.

Der Antrag Agnes (U.S.) als Ueberschrift: Verfassung der deutschen Republik zu setzen, wird abgelehnt, die Ueberschrift: „Verfassung des Deutschen Reiches“ angenommen. Es folgt die Beratung über

Artikel 1.

weicher bestimmt: „Das Deutsche Reich ist eine Republik; der Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Abg. Dr. Dehrlich (D. nat.): Der Artikel bedeutet für uns den Abschied von der konstitutionellen Monarchie. Die demokratische Monarchie, so wie sie sich vor der Revolution entwikkelt hat, haben wir für eine für Deutschland unannehmliche Staatsform. Dennoch wollen wir auf dem Boden der neuen Tatsachen weiter mitarbeiten und eine Volksherrschaft errichten, die unserem Vaterlande den Weg zur Macht wieder eröffnet. (Beif.)

Von Frau Agnes (U.S.P.) ist inzwischen ein Antrag eingegangen, den Satz 1 des Artikels 1 folgendermaßen zu fassen: „Die deutsche Republik ist ein Einheitsstaat.“

Reichsminister Dr. David: Der Vordrucker hat gefragt, ob auch für keine Partei die Freiheit gelten sollte, von der in der Verfassung die Rede ist. Ganz gewiß. Die neue Verfassung eröffnet die freie Bahn für jeden zeitigen Kampf. Wenn die Herren (nach rechts) die Probe aufs Exempel machen wollten, ihre Auffassung gegen diese Feststellung auf dem Wege der Gewalt durchzusetzen, so werden sie finden, wie stark und kraftvoll die Republik begründet ist. (Sehr wahr! links.) Widerspruch und Jurale „Generalstreik“ (rechts.) Auch der Generalstreik hat die republikanische Verfassung nicht umzuwerfen vermocht. Die deutsche Republik hat eine bankrotte Firma mit übernehmen müssen. (Beifall links, Widerspruch und Unruhe rechts.) Sie hat das getan aus Pflichtgefühl unserem Volke gegenüber. Die deutsche Republik wird das deutsche Volk wieder empfehlen aus dem tiefen Sturz, in den es durch das alte System gebracht worden ist; und dabei soll die Verfassung gute Dienste leisten.

Abg. Koch (D.D.P.): Was die Frage der Monarchie anlangt, so erkläre ich, daß wir keine grundsätzlichen Republikaner sind. Wenn die Monarchie richtig geführt worden wäre, wenn sie vor allen Dingen zur rechten Zeit die nötigen Zugeständnisse gemacht hätte, so bin ich davon überzeugt, sie wäre zu halten gewesen. Heute kann von einer Wiedereinführung der Monarchie keine Rede mehr sein. Eine Monarchie, die einmal so ausgeblutet, läßt sich nicht wieder aufrichten.

Der Antrag der Unabhängigen zu dem 1. Satz wird abgelehnt. Die Fassung des Entwurfs mit großer Mehrheit angenommen. Artikel 2 ebenfalls ohne Aussprache angenommen. Es folgt die Beratung über den

Artikel 3

der bestimmt: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die Handelsflagge wird durchs Reichsgesetz bestimmt.“

Reichsminister Dr. David: Ein Zentrumsantrag und sozialdemokratischer Antrag schlägt vor, den in dem Entwurf unbestimmt gehaltenen Satz über die Handelsflagge durch eine Bestimmung zu ersetzen, nach der die Handelsflagge schwarz-weiß-rot sein und mit schwarz-rot-goldenen Ecken versehen werden soll. Die Regierung ist mit dieser Regelung einverstanden und glaubt nunmehr alle Bedenken hinsichtlich eines weit sichtbaren Wimpels für die Handelsflotte beseitigt zu haben. Ein unabhängiger Antrag verlangt die Farbe rot als Reichsflagge. Die rote Flagge ist das Symbol der sozialistischen Internationalen. Wir müssen aber ein Symbol schaffen, zu dem sich das ganze Volk bekennt. Aus dem gleichen Grunde empfehle ich auch die Ablehnung des Antrags der Rechte, nach dem die schwarz-weiß-rote Fahne beibehalten werden soll. Sie war schon vor dem Krieg für einen großen Teil unseres Volkes ledigliche Parteifähne. (Lebhafte Widerspruch bei einem großen Teil des Hauses.)

Abg. Kahl (D.D.P.): Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die Färbung schwarz-weiß-rot erkläre, so will ich nicht damit nicht in erster Reihe gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern gegen den Farbdewechsel an sich.

Abg. Laverenz (D.-nat.): In der schwarz-weiß-rotten Fahne sehen wir das Symbol der Vaterlandsliebe. Die neue Flagge ist dem heutigen Geistesstand innerlich fremd.

Abg. Peter, en (D.D.P.): Die überlegende Mehrheit meiner Fraktion wird für die Beibehaltung der alten Farben stimmen, eine Minderheit für die neuen. Das dem. H. daß man diese Frage nicht parteipolitisch behandeln soll.

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.): Die Beibehaltung von schwarz-weiß-rot ist eine schwere Provokation für die überlegende Mehrheit des Volkes.

Abg. Molkenbühr (S.): Diejenigen, die mit der alten Flagge auch das alte System aufrecht erhalten möchten, will ich fragen, weshalb haben sie denn selbst die Flagge gewechselt? Die stolze konservative Partei, die stolze Reichspartei und die Nationalliberale Partei, die haben alle mit Ausbruch der Revolution ihre alte Flagge gestrichen. (Sehr laut! bei den Demokraten.) Die rote Fahne soll unsere Parteifähne sein und sie mag später einmal, wenn wir den Völkerverbund auf sozialistischer Grundlage haben, die Fahne dieses Bundes werden. Für Deutschland ist schwarz-rot-gold die Farbe, für die die Demokratie von jeher gekämpft hat.

Abg. Dr. Quidde (D.D.P.): Im Auftrag der Minderheit meiner Fraktion trete ich für die Farbe schwarz-rot-gold ein. Die Farben sind für uns das Symbol der Einheitsbewegung, die aus der Tiefe des Volkes gekommen ist, die Farbe Groß-Deutschlands.

Damit schließt die Besprechung des Artikels 3. Die namentliche Abstimmung fällt in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Nächste Sitzung: Donnerstag Nachmittag 2 Uhr, Weiterberatung. Schluß gegen 8 1/2 Uhr.

Unsere Zeitung bestellen!

Vor der Ratifizierung.

Die Änderungen am Friedensvertrag.

Berlin, 1. Juli. Die Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen hat in einer Denkschrift die sämtlichen von der Entente infolge der deutschen Gegenentwürfe vorgenommenen Änderungen des ursprünglichen Wortlautes der Friedensbedingungen zusammengestellt. Das Heft, das soeben bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Charlottenburg als fünfter Teil der im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegebenen „Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen“ erscheint, gewährt eine schnelle Uebersicht über alle Abänderungen des ursprünglichen Wortlautes der Friedensbedingungen.

Der Friedensvertrag in der belg. Kammer.

Brüssel, 3. Juli. In der gestrigen Kammer-sitzung empfahl der Minister des Auswärtigen die Annahme des vorliegenden Friedensvertrages, sowie des Abkommens über die Befreiung der rheinischen Gebiete. Gleichzeitig legte er eine Erklärung Wilsons, Clemenceaus, Lloyd Georges und Sonninos vor, laut der Belgien von der ersten deutschen Zahlung 2 1/2 Milliarden erhalten und von den aufgenommenen Kriegsanleihen befreit werden soll.

Spanien zu dem Sieg der Entente.

Bern, 3. Juli. Nach dem „Temps“ sind die liberalen und konservativ-liberalen Blätter Spaniens erfreut über den Siegfrieden der Entente. Die Blätter der Rechten enthalten sich entweder der Kommentare oder sie drücken den Besiegten ihre Sympathie aus. Das ultrakonservative „ABC“ schreibt, man könne die Kraft und Beharrlichkeit der deutschen Regierung nicht ableugnen nach den großen Anstrengungen und Opfern dieses Volkes. Die „Tribuna“ erklärt, der Vertrag eröffne eine neue Periode von Besorgnissen und Mißbehagen. Die „Korrespondenz“ spendet den deutschen Matrosen zur Verrentung der Flotte Beifall und sagt, niemand verhehle sich, daß der Friede den Keim eines viel größeren und grausameren Krieges in sich trage. Man könne ein Volk von 60 Millionen nicht für 50 Jahre zur Sklaverei verdammen.

Die Franzosen im Aehler Brückenlopf.

Karlsruhe, 2. Juli. Aus dem Hanauer Lande wird uns berichtet: Ueber den Agenten Hompa, der jetzt hier eine große Rolle spielt, gehen Gerüchte um, als ob er eigentlich ein Mitdeutscher sei. Das ist nicht richtig, er soll französischer Herkunft sein. Allerdings hat er sich früher eifrig für die deutsche Sache bemüht und hat auch häufige Reisen nach Frankreich gemacht und dadurch dem deutschen Auslieferungsdienste wertvolles Material zugeführt. Wenn er jetzt zu den Franzosen hält, ist es deshalb, weil er offenbar zu jenen internationalen Menschen gehört, die ihre Geschäfte mit jedem machen.

Rücktritt Försters.

Bern, 3. Juli. Der bayerische Gesandte in der Schweiz, Professor Förster, der die Vertretung der politischen Interessen Bayerns im November 1918 ausdrücklich nur ehrenhalber und längstens bis zum Friedensschlusse übernommen hatte, ist, wie wir hören, vorbehaltlich der Genehmigung der bayerischen Regierung nach erfolgtem Friedensschlusse von seinem Posten zurückgetreten.

Die franz. Seelente bei der Abreise Wilsons.

Bern, 2. Juli. In den Zwischenfällen bei der Abreise Wilsons von Vrest, über die bereits ungenügende Gerüchte durch die Presse gehen, meldet der Pariser Richterblätter der „Chicago Tribune“: Bei der Abreise des Präsidenten wurde von der großen Menge, die sich am Hafen aufhielt, keinerlei Beifall spendet. Wegen Mittag hatte sich das französische Syndikat der Seelente zu einem Demonstrationsszug versammelt, wobei es zu einem Konflikt mit amerikanischen Seelenten kam. Dabei hat es durch Steinwürfe verschiedene Verwundete gegeben. Die Amerikaner, so behaupten die französischen Matrosen, hätten von ihren Revolvern Gebrauch gemacht, während diese wieder angeben, sie hätten nur in die Luft geschossen. Die Militärbehörde mußte zu der Befreiung eines ganzen Stadtviertels schreiten, in dem noch lange Zeit hindurch Unruhestörungen vorliefen.



Wiederaufbau des Außenhandels.

Deutsch-schweizerisches Wirtschaftsabkommen.

Basel, 3. Juli. Zwischen Deutschland und der Schweiz ist ein Abkommen getroffen worden, das für die deutsche Ausfuhrbewilligung monatlich 500 Zentner Rohwolle nach der Schweiz vorsieht gegen entsprechende Schweizer Ausfuhrbewilligungen von kondensierter Milch und Schokolade. Das Abkommen läuft vorläufig vom 1. Juli bis 30. September und kann mit einmonatiger Frist verlängert werden.

Schwedisches Erz.

Stockholm, 2. Juli. Der deutsch-schwedische Handelsvertrag bleibt bis zu seinem Abkommen am 31. Dezember unverändert in Kraft. Die Erzausfuhr nach Deutschland wird in der nächsten Zeit wieder aufgenommen.

Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft.

Berlin, 2. Juli. Am 4. Juli werden im Festsaal der Berliner Handelskammer über das Thema „Der Friede und Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft“ sprechen: Hermann Hecht, Vorsitzender des Verbandes deutscher Exporteure, über: „Der deutsche Außenhandel“; Ministerialdirektor im Reichspostministerium Vredow über: „Deutschlands Stellung in Weltwirtschaftsberichten“; Generaldirektor Dr. Spieler über: „Die deutsche Industrie in der Weltwirtschaft“; Staatssekretär a. D. August Müller über: „Der deutsche Arbeiter und die Weltwirtschaft“; Geh. Reg.-Rat Univ.-Prof. Dr. Herkner über: „Die territorialen Veränderungen“; Wirkl. Geh. Oberfinanzrat Dr. Schwarz über: „Finanzlage und Weltwirtschaft“.

Unruhen in Deutschland.

Der Frankfurter Eisenbahnerstreik.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Der Eisenbahnerstreik ist heute früh 6 Uhr infolge des Ausstandes der Eisenbahner vollständig eingestellt worden. Nur die Züge, die nach dem besetzten Gebiete fahren, verkehren, um Komplikationen mit der Entente zu vermeiden. Aus dem gleichen Grund arbeitet die Hauptwerkstätte in Nied, die im besetzten Gebiete liegt. Die wichtigsten Lebensmittelzweige und die Züge mit lebendem Vieh werden durch die Streikleitung befördert.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Die „Frankf. Ztg.“ meldet zu dem Eisenbahnerstreik in Frankfurt, daß der Betrieb eingestellt ist mit Ausnahme der Züge, die ins besetzte Gebiet fahren. Es soll versucht werden, den Betrieb vorübergehend durch geschulte Beamte aufrechtzuerhalten. Die Frankfurter Beamenschaft hat sich mit Rücksicht auf die Notlage des Volkes auf Grund früherer Beschlässe entschieden, nicht in den Streik einzutreten. Die Leitung der Eisenbahnbeamtenvereine weist darauf hin, daß im ganzen Direktionsbezirk über 60.000 Beamte und Eisenbahnarbeiter tätig sind, von denen nur 8754 sich für den Streik erklärt haben. Von dieser Zahl können aber weitere 3200 Mann in Abzug, die in den Werkstätten von Nied arbeiten.

Die Sänderung Hamburgs.

Hamburg, 3. Juli. Durch Truppen Lettows Vorbeds sind bis gestern Abend etwa 3000 Handwerker und mehrere Maschinengewerke aus dem Besitz der kommunistischen Arbeitervereine zurückgebracht worden. Die Durchsuchung nach Waffen wird fortgesetzt. Bei den Kämpfen der vorigen Woche hat es nach den bisherigen Feststellungen 63 Tote und über 100 Verwundete gegeben. Die Verhandlungen des Senats mit General von Lettow-Vorbed führten dazu, daß für die Versammlungen der Gewerkschaften Erleichterungen in der Handhabung des Belagerungszustandes eintreten werden.

Selbst geschmiedet.

Roman von H. v. Tschöke.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„So ist mein Wille,“ ließ es in dem Testament, „daß während eines vollen Jahres aller in der Nordburg im alten Giebel bleibt. Zum Vormund meiner Nichte Anneliese, Komtesse Nordburg, ernenne ich meinen Neffen, den Grafen Egon Nordburg. Erst nach Ablauf eines vollen Jahres soll bekanntgegeben werden, wie ich über den Hauptteil meines Nachlasses bekannte. Dagegen treten die Verfügungen betreffs der Renten und Legate sofort in Kraft. Mit meinem Neffen, dem Baron Kurt Vossen, habe ich mich im Giebel schon seit längerer Zeit ausgesöhnt. Diese Stimmänderung hat Kurt meiner Nichte Anneliese zu danken; sie sprach mit jener Wärme von der Baronin Anneliese, daß ich auch ihr verzeihe, den Zwiespalt in unser Haus getragen zu haben. Durch Anneliese erfuhr ich auch, daß es Kurt's brennender Wunsch ist, sich zu einem tüchtigen Ingenieur auszubilden. Dieser Wunsch soll erfüllt werden. Kurt's Gattin und seine beiden Kinder werden für die nächsten drei Jahre Kostnahme im Schloß Nordburg finden. Es sollen der Baronin fünf Millionen angewiesen werden, sie nimmt mit ihren Kindern an allen Wahlen teil. Ich lege ein Ratsgeld von zweihundert Tausend monatlich für sie und die Kinder aus. Kurt erhält bis auf weiteres eine jährliche Rente von zweitausend Mark, die ihm in monatlichen Raten zu zahlen sind. Außerdem werden ihm Reisegelder und Ausgaben für seine Studien ersetzt.“

Anneliese und Egon, voraussichtlich meine Universalerben, haben es nicht nötig, sich irgendwelche Einschränkungen aufzuerlegen. Mein langjähriger, treuer Berater, Rechtsanwalt Dr. Struß, ist angewiesen, über jede verlangte Geldsumme zu quittieren, sofern es sich nicht um Verschwendung handelt. Ich hoffe, durch diese Maßnahmen zum Besten der beiden Vörsen zu handeln, welche mir am nächsten stehen — Anneliese und Egon. Beide sollen nach ein volles Jahr hindurch ledig bleiben, erst nachdem sie meine allerletzten Willensäußerungen erfahren haben, mögen sie die Ehe schließen.“

Neues vom Tage.

Der Ministerpräsident an Hindenburg.

Weimar, 3. Juli. Amlich, Generalfeldmarschall von Hindenburg, der bereits vor einiger Zeit um Genehmigung seines Rücktritts bei Abschluß des Friedens gebeten hatte, verläßt am heutigen Tage Kolberg. Gleichzeitig ist auch die Oberste Heeresleitung aufgelöst. Aus diesem Anlaß hat der Ministerpräsident an den Generalfeldmarschall von Hindenburg im Namen der Reichsregierung folgendes Telegramm geschickt: „Im Namen der Reichsregierung sage ich Ihnen, Herr Generalfeldmarschall noch einmal unseren unabänderlichen Dank für alle Dienste zum Besten des Vaterlandes. In den Tagen der Not wurden Sie gerufen; in den Tagen noch schlimmerer Räte schloßen Sie Ihre Aufgabe ab. Die wie im Zwange der Pflicht auf unserem Posten bleiben müssen, werden immer ein großes Vorbild in der Art sein, wie Sie die Pflicht gegenüber dem Vaterlande höhergestellt haben, als persönliche Gefühle und Anschauungen.“

Zu der Auslieferung des Kaisers.

Amsterdam, 3. Juli. Aus Kreisen der holländischen Regierung wird bekannt, daß die Frage der Auslieferung des deutschen Kaisers jetzt in ein entscheidendes Stadium tritt. Von einer Flucht des Kaisers könne nicht die Rede sein. Dem Kaiser und dem Kronprinzen stehe es vollständig frei, Holland zu verlassen, und ihre Abreise würde der Regierung durchaus nicht unangenehm sein. Nur eine plötzliche, unvorbereitete Flucht, von der niemand etwas wüßte, würde für Holland einen unangenehmen Charakter haben können. Jeener hört man, daß der Kronprinz nur deshalb sorgfältig bewacht werde, um eine derartige Abreise unmöglich zu machen. Was den Kaiser betreffe, so sei es möglich, daß ihm, wenn er plötzlich abreißen würde, wenn ein Ersuchen um seine Auslieferung bevorstünde, die Abreise verweigert würde. Er würde nach dem Auslieferungsgebot auf Ersuchen einer fremden Regierung angehalten werden können; aber dieses Ersuchen um Auslieferung müßte innerhalb einer bestimmten Zeit geschehen. Da die Frist der Auslieferung des Kaisers jetzt auf der Tagesordnung steht, könne man sagen, daß er bezüglich seiner Abreise weniger frei sei, als der Kronprinz. Die Frage der Auslieferung selbst werde einen ausschließlich juristischen Charakter haben. Nach dem Gesetz müsse darüber das Gutachten des Gerichtshofes in Utrecht eingeholt werden, in dessen Rechtsgebiet der Kaiser sich befindet und dieser müsse vorher gehört werden.

Ein Bohnstängel Kaiser Wilhelms?

Amerongen, 2. Juli. Die Havas-Agentur verbreitet folgende Meldung: Der Kaiser trifft Vorbereitungen zu seiner Abreise. Er hat in Arnheim ein Haus gekauft. Es wurden strengste Vorkehrungen zu seiner Überwachung getroffen. Der Zutritt und die Annäherung zum Schloß ist den Spaziergängern strengstens untersagt.

Das Recht des Kaisers auf uneingeschränkte Freiheit.

Köln, 2. Juli. „Allgemeines Handelsblatt“ legt in einem Leitartikel die sich nach der niederländischen Festsetzung ergebende Rechtslage des Deutschen Kaisers und des Kronprinzen genau fest und kommt zu dem Schluß, daß beide in ihrer Freiheit nicht eingeschränkt werden dürften. Beide hätten auch das Recht, nach Gutdünken die Niederlande zu verlassen und sich überall, wohin sie wollten, zu begeben. Die niederländische Regierung sei nicht berechtigt, beide an ihrer Abreise nach Deutschland zu verhindern, sobald von einer „Flucht“ oder einem „Entkommen“ in einem solchen

Es folgten nun die näheren Bestimmungen betreffs der Renten und Legate. Da ging keiner leer aus, und kein Auge blieb trocken. Graf Harold war ein strenger Herr gewesen, aber das Herz hatte er auf dem rechten Fleck gehabt, das wurde jetzt so recht allen klar.

Nur das Gesicht des Grafen Egon war immer länger geworden. Seine Augen funkten im beständigen Zorn. Baron Vossen sah ganz verklärt aus. Er war dicht zu seiner jungen Frau herangerückt, Hand in Hand saßen sie dort, aller Hader war vergessen.

„Ich wußte es,“ flüsterte Anneliese, „ah, ich wußte es, er war der Besten einer, mein Dank kennt keine Grenzen!“

„Ja, ja, das hat mein alter Harold gut gemacht,“ lobte Baron Vossen, welcher gleichfalls reichlich bedacht worden war, „nun fröhlich aus Welt, mein guter Kurt, wir leben in einer Zeit, wo die Arbeit abtut, noch kannst du alles erreichen, strebe und lerne!“

Der junge Mann schüttelte die ihm dargereichte Rechte. „Das will ich, Antel Vossen, und du sollst sehen, ich bringe es zu etwas! Wela! ein Glück, Frau und Kinder in so sühner Obhut zu wissen!“

Egon hatte die schmalen Lippen fest zusammengedrückt. Es würgte in seiner Kehle, er mußte mehrmals ansetzen, ehe er sprechen konnte.

„Auf ein Wort, Herr Rotar,“ sagte er dann mit hellerer Stimme, „muß ich den Inhalt dieses Testaments anerkennen? Kann ich nicht Einspruch dagegen erheben?“

„Das können Sie nicht, Herr Graf. Es handelt sich hier ja nicht um ein Majoratsverbe. Graf Nordburg hatte freies Verfügungsrecht über seinen Besitz. Wenn Sie nur einen Pflichten erhalten, müssen Sie sich auch zufrieden geben.“

„So — ich danke Ihnen. Mit gütiger Erlaubnis ziehe ich mich eine kurze Viertelstunde zurück. Später nehmen wir das Frühstück zusammen ein.“

„Er gönnt uns unser Glück nicht,“ sagte Anneliese leise, als er hinaus war, „ich konnte ihm den Reich am Gesicht ablesen.“

„Er wird sich darüber beruhigen,“ meinte Baron Vossen zuversichtlich. „Er ist doch der am reichsten bedachte.“

Der Rotar und sein Schloß waren noch längere Zeit still auf beschäftigt. Jeder bekam einen Scheck und durfte die ihm vermachte Summe bei der Bank erheben.

Als alle den Saal verlassen hatten, und nur noch Vossens sich in gedämpftem Ton unterhielten, erschien Egon

Tolle zum Meße sein kann. „Hilf mir die niederländische Regierung jederzeit die Verfügung, den Kaiser und den Kronprinzen auszuweisen, da sie nicht auf geordnete Weise, d. h. im Besitze eines Reisepasses oder einer Aufenthaltserlaubnis, die Niederlande betreten haben. Die Anwendung dieser Verfügung würde sie jedoch im Falle des Kaisers mittelbar an seiner Verfolgung schuldig machen. Eine Auslieferung des Kaisers könnte nicht erfolgen, da das Vergehen, dessen er laut Friedensvertrag beschuldigt wird, eine Auslieferung auf Grund des niederländischen Auslieferungs-gesetzes nicht rechtfertigt. Bezüglich des Kronprinzen würde die Sache anders liegen, wenn die Alliierten ihn auf die Liste der bestimmter Kriegsverbrechen beschuldigen Personen setzen würden. Das „Handelsblatt“ schließt: Wir hoffen immer noch, daß die Alliierten von dem Plan, den Kaiser zu verfolgen, absehen werden. Der Völkerverbund hat wichtigere Arbeit zu leisten, als diese wäre.“

Auslieferung von U-Boot-Kommandanten?

Rotterdam, 1. Juli. Die Londoner „Times“ meldet: Die englischen Vertreter auf der Pariser Friedenskonferenz haben die Auslieferung von 53 namentlich bezeichneten deutschen U-Boots-Kommandanten beantragt.

Landesnachrichten.

Altensteig, 4. Juli 1919.

ck. Sitzung des neuen Gemeinderats vom 1. Juli.
Anwesend: Vorsitzender Stadtschultheiß Walter, die Gemeinderäte Luz, Dietrich, Koch, Schneider, Brenner, Flatz, Paul Beck, Louis Beck, Wieland, Bähler, Kallenbach, Wolf, Kohler, Acker mann. Der Vorsitzende begrüßt mit herzlichem Worten die Mitglieder des neugewählten Gemeinderats und fährt nach Bekanntgabe des Wahlprotokolls aus, daß der neue Gemeinderat nicht früher berufen werden konnte, da infolge unklarer Bestimmungen im Wahlgesetz von zwei neugewählten Mitgliedern Einwendungen gegen die Gültigkeit der Wahl hinsichtlich der Zuteilung der Sitze erhoben worden seien. Das Oberamt hat jedoch die Stellungnahme der Wahlkommission und die Feststellung des Wahlergebnisses als nach dem Gesetz vollständig richtig anerkannt, worauf die Beschwerdeführer ihre Vorstellungen zurückgezogen haben. Es erfolgt nun die Verpflichtung der neu in das Kollegium eingetretenen Gemeinderäte, während die übrigen Mitglieder, welche bisher dem Gemeinderat bzw. dem Bürgerausschuß angehört haben, auf die frühere Beerdigung hingewiesen werden. Die Sitzung wird in obenschiebender Reihenfolge fortgesetzt. Einleitend fährt der Vorsitzende aus, daß es keine leichten Aufgaben sein werden, welche in der bevorstehenden ersten und schweren Zeit dem Gemeinderat zufallen. Er, der Vorsitzende, bringt zum Ausdruck, daß ihn der bisher auf den verschiedenen Gebieten betätigte Fortschritt mit Genugtuung erfüllt, da unter den heutigen Verhältnissen manche Ausführung in Frage gestellt wäre. Er gibt einen Ueberblick über das, was in den nächsten Jahren noch auszuführen wünschenswert ist: Es sei davon hervorgehoben: Erstellung eines Kriegerbaldes zum Gedächtnis an unsere gefallenen Krieger; Erweiterung des alten oder Anlage eines neuen Friedhofes; Ausführung einer Feldberreinigung im Gewand Weidengasse; Förderung des Kleinwohnungsbaues; weitere Ausbesserung der Wasserkräfte; Brückenbauten usw. Der so sehr dringende Kronschonensplan muß angesichts der hohen Kosten zurückgestellt werden. — Von Gemeinderat Walz wird dem Vorsitzenden ein umfangreicher Strauß mit Wünschen und Anregungen mancherlei Art überreicht, welche Berücksichtigung finden sollen. Im Anschluß hieran wird zur Geschäftsordnung bestimmt, daß die Sitzungen des Ge-

wieder. Sein Gesicht war jaht vor heftigerem Ergrim. Solch eine gründliche Enttäuschung hatte er nicht in Betracht gezogen. Und wer weiß, was noch geschah! Wenn es herauskam, daß er bereits verheiratet war, und zwar unter seinem Stände, mit einer kleinen Verkäuferin, deren Vater nur durch den Tod dem Zuchthause entronnen war, dann drohte ihm vielleicht vollständige Entberdung. In ihm war kein Gefühl des Dankes für den Verstorbenen; er hatte zu bestimmt darauf gerechnet, jetzt gleich in den Genuß des großen Reichtums zu treten.

Er trat dicht an den Tisch heran, auf dem noch das Testament seines Oheims lag. Als bedürfte er einer Stütze, so fest legte er die Hand auf die mit grünem Tuch überzogene Platte.

Die Bestimmungen, welche das Schreiben dort enthielt, können unmöglich zur Ausführung gelangen, soweit es sich um Baron Vossen und dessen Ehefrau handelt.“

„Ich weiß, warum Sie Einspruch erheben, Herr Graf, demerit der Kumalt ruhig. Sie denken an den Bruder der Baronin, auf welchem der Verdacht des Mordes ruht.“

„Ja. Es wäre ja gegen alle Gerechtigkeit und Moral, wenn die Schwester des Mörders infolge der unseligen Tat Vorteile genießen sollte.“

„Mein Bruder ist kein Mörder!“ rief Anneliese sich erhebend im Tone heftiger Entrüstung. „Seine Unschuld wird an den Tag kommen und der Mörder seiner Strafe nicht entgehen. Ich bin überzeugt, daß Reinhold mit wenigen Worten seine Unschuld beweisen könnte, und da er es nicht tut, so liegen Gründe vor, die wir nicht kennen. So glaube fest an meinen Bruder, und darum bin ich hier auch erschienen. Ich habe es nicht nötig, den Blick zu senken und mich scheu zu verbergen. Reinhold wird eines Tages glänzend gerechtfertigt vor der Welt dastehen.“

„Geben der Himmel, daß Ihre Zuversicht sich erfüllt, Frau Baronin,“ sagte der Rotar ernst, „doch auch für den Fall, daß es zur Berurteilung des Angeklagten kommt, kann Ihnen keiner hier den Platz im Schloße streitig machen, Ihnen sowenig, wie Ihren Kindern. Nehmen Sie sich nicht weiter gegen die letztwilligen Verfügungen Ihres hochherzigen Verwandten auf, Herr Graf. Es wäre ja auch grausam, wollte man die gnädige Frau entgelten lassen, was Ihr Bruder vielleicht in einem Augenblick begangen, wo er die Herrschaft über sich verloren hatte.“

Fortsetzung folgt.

weil derart nicht alle 14 Tage und zwar Mittwochs
Ratssitzungen haben, auch soll die Tagesordnung hierzu zu-
vor bekannt gegeben werden. — Möbelfabrikant Wackerhüt
hier bittet um die Genehmigung zur Erstellung eines
Kraftwagenschoppers auf den von ihm gepachteten städtischen
Lagerplatz unter den Eichen, welchem Besuch unter Aufsicht
einer Gebühr in fest bestimmter Weise entprochen
wird. — Eine weitere Erhöhung der Bezüge bzw. Teuerungszu-
lagen der städt. Beamten und Unterbeamten bleibt zur
Beratung und Beschlussfassung der nächsten Sitzung vorbe-
halten. Nach Bekanntgabe und Erledigung sonstiger minder
wichtiger Gegenstände wird die Sitzung geschlossen.

**Erhöhung der Gebühren für Schlachtvieh- und
Fleischschau.** Die Richtsätze für die Bemessung der Be-
lohnung der tierärztlich nicht vorgebildeten Beschauer und
der Tierärzte für die Vornahme der Schlachtvieh- und
Fleischschau wurden, nach einer Bestimmung des Mini-
steriums vom 30. Juni, sofort durchweg um 100% erhöht.

Schwarz-rot-gold. Die Nationalversammlung steht
vor der Entscheidung ob die bisherigen Reichsfarben
schwarz-weiß-rot beibehalten, oder in schwarz-rot-gold (auch die
Farben Belgiens) umgeändert werden. Eigentlich besteht
kein triftiger Grund zu einer Aenderung, denn unsere
Reichsfarben sind wahrhaft nicht Schuld an Deutschlands
Niedergang. Sämtliche Fraktionen der Nationalversamm-
lung hielten vorgestern Beratung über die Aenderungsan-
träge. In der demokratischen Fraktion entspann sich eine
lange Debatte über die zukünftigen Reichsfarben. Bekannt-
lich hatte der Verfassungsausschuss beschlossen, daß die
Reichsfarben schwarz-rot-gold sein sollten, daß aber die
Bestimmung der zukünftigen Handelsflagge der Reichs-
gesetzgebung vorbehalten werden soll. Dieser Beschluß war
mit einer knappen Mehrheit der Demokraten gefaßt worden.
Jetzt haben die Demokraten sich mit großer Mehrheit ent-
schlossen, für schwarz-weiß-rot einzutreten. Man motiviert
diesen Beschluß damit, daß die 8 Millionen Deutschen, die
jetzt dem Vaterland verloren gehen, die Erinnerung an die
Reichsfarbe schwarz-weiß-rot in ihre düstere Zukunft mit-
hineinnehmen müßten. Außerdem erfolgt von der Wasser-
kante her aus handelsrechtlichen Gründen sehr starker Wider-
spruch gegen die Wahl von schwarz-rot-gold. Gestern ent-
schied sich die Nationalversammlung für die Farben
schwarz-rot-gold. Dafür stimmte die ganze Sozial-
demokratie, das Zentrum und ein kleiner Teil der Demo-
kraten. Für die D a u e l s f l a g g e soll schwarz-weiß-rot
beibehalten werden. Die definitive Entscheidung wird bei
der dritten Lesung erfolgen.

**Zur Frage der Auflösung der A- und
B-Käte.** Bekanntlich hat der württ. Landtag den
Beschluß gefaßt, daß die A- und B-Käte vom 15.
Juli ab aufgelöst werden. Damals bestand die Absicht
der Regierung, zu diesem Zeitpunkt das Gesetz über
die Beiräte einzubringen und verabschieden zu lassen. Zu-
zwischen ist jedoch vom Reich bestimmt worden, daß
die gesetzliche Regelung der Beiräte und Beiratsämter
Sache der Reichsverfassung sei, diese werden aber bis zum
15. Juli nicht verabschiedet sein. Hieraus folgt, daß
die Voraussetzung für die Auflösung der A- und B-
Käte in Württemberg zum genannten Zeitpunkt hin-
sichtlich geworden ist. Wie wir hören, hat die Staats-
regierung mit den Parteien Fühlung genommen, um
Aufhebung des Auflösungsbeschlusses durch den Land-
tag herbeizuführen.

Calw, 1. Juli. (Zwangsimmung. — Schulprüfung.)
Nachdem bei der Abstimmung sich die Mehrheit der beteilig-
ten Handwerker für die Einführung des Beiratswesens er-
klärt hat, wurde seitens der Kreisregierung angeordnet, daß
mit Wirkung vom 15. Juli 1919 an eine Zwangsim-
mung für das Kaiser- und Rädlerhandwerk
im Oberamtsbezirk Calw mit dem Sitz in Calw erachtet
werde. Von dem genannten Zeitpunkt ab erheben alle Ge-
werbetreibende, welche das Kaiser- oder Rädlerhandwerk be-
treiben dieser Immung an. — In der 7. Klasse des Real-
progymnasiums und in der 6. Klasse der Realschule wurde
gestern in Anwesenheit von Regierungsrat Knoll von der
Ministerialabteilung für die höheren Schulen die mündliche
Prüfung abgehalten. Das Zeugnis für die Prima erhielten
9, das Zeugnis für die mündliche Beifällige Beurteilung zum
Eintritt in die 2. Klasse 20 Schüler. Das Ergebnis der Prü-
fung war außerordentlich günstig indem sämtliche Schüler
die Prüfung bestanden; mehrere erreichten ein sehr gutes
Prüfungsergebnis. Unter den Geprüften befinden sich auch
einige Mädchen. (Die Primarprüfung bestanden auch Her-
mann Krämer von Altensteig)

(*) Stuttgart, 3. Juli. (Heimkehr der Sa-
lonkier Truppen.) Das Kriegsministerium teilt mit:
Die Schiffe „Konstantin“ und „Christian“ mit 4000
Mann an Bord haben am 21. Juni Gibraltar passiert
und werden voraussichtlich in Leunshütten angedockt
werden.

(*) Stuttgart, 2. Juli. (Der Raubmord in
Möhringen a. F.) Vor dem hiesigen Schwurgericht
begann die Verhandlung wegen der Ermordung der
Wirtin Rosa Wegger in Möhringen a. F. Angeklagt
ist der Mechaniker Karl Sorg. Der Anklage wird
beschuldigt der Schreiner Heinrich Baas und dessen
Chefrau Sophie. Sorg hat, bewaffnet mit einem Dolch
und Revolver und mit Einbrechwerkzeugen versehen, am
8. Februar die Wirtin Rosa Wegger in deren Anwesen
„Zum alten Bahnhof“ in Möhringen überfallen, sie durch
eine Anzahl Schüsse in Kopf und Rücken getötet und
darauf 100 Mk. Bargeld und mehrere Flasche Wein geraubt.
Das Ehepaar Baas soll den Sorg durch Verabreichung
von Speisen und Getränken zur Tat aufgemuntert und
ihn mit dem Revolver und Einbrechwerkzeugen versehen
haben. Der Angeklagte schilderte die Umstände von
seiten des Ehepaars Baas näher. In der Meinung, daß

die sich zur hinteren Tür hinausbegebende Wegger in
den Stall gehe, sei er in das obere Stockwerk hinauf-
gegangen und habe dort die Kommodeklublade er-
brochen. Möglicherweise sei die in einem Nebenzimmer ge-
wesene Wirtin an ihm vorbeigeht. Er sei dadurch
wütend überrascht gewesen. In seiner Erregung habe er
das Stimmisen fortgeworfen und seinen Dolch hervorge-
zogen, worauf er mit einem großen Sprung die Treppe
hinabstiege, wobei er auf die Wirtin gestossen sei und
beide zu Fall kamen. Im übrigen befreite Sorg, auf
die Frau vorläufig eingestochen zu haben. Mit der Wunde
ergriff er dann die Flucht und ging nach Stuttgart,
wo er durch einen Bekannten, der sich die Belohnung
verdienen wollte, durch List überführt und der Polizei
ausgeliefert wurde. Der Angeklagte Baas behauptet,
daß Sorg der Urheber der Tat sei. Zugaben muß er,
daß er mit Sorg über den Einbruch in die Bahnhofswirt-
schaft gesprochen und den Sorg auch eingeweiht habe.
Die Ehefrau Baas bestritt, überhaupt von dem Dieb-
stahl Kenntnis gehabt zu haben. Ueber den Ausgang
des Prozesses, der mehrere Tage in Anspruch nehmen
wird, werden wir berichten.

Die württ. Einkommensteuer.

Der neue württ. Staatshaushalt für 1919, der
jetzt im Druck erschienen ist, macht nähere Angaben über
die neuen Steuern: Die Einkommensteuer soll 166,8
Mill. Mk. einbringen, das sind 109,4 Millionen mehr
als im Vorjahr, die Vermögenssteuer 20 Mill. Mark
oder 12,3 Millionen mehr, die Ertragssteuer 19,5 Mil-
lionen oder 11,2 Mill. Mk. mehr und die Kapitalsteuer
12,5 Millionen oder rund 7 Mill. Mk. mehr als im
Vorjahr. Die Kapitalsteuer wird nur mit 2,1 Prozent
(wie bisher) des steuerbaren Jahresertrags erhoben, wenn
das Jahreseinkommen weniger als 2500 Mk. beträgt.

Welche Auswirkung diese gewaltigen Steuererhöhungen
auf die Höhe der Einkommensteuer des Einzelnen ha-
ben werden, ergibt sich aus folgender, der Begründung
des Finanzgesetzes angefügten Gegenüberstellung der bis-
herigen Belastung des Einkommens durch die staatliche
Einkommensteuer und der neuen Belastung, aus der wir
einige Zahlen entnehmen:

Einkommen	alte Steuer		Mehrbelastung
	bis 1500 Mk. der	1500-5000 Mk. der	
1000 Mk.	5,25 Mk.	7,50 Mk.	2,25 Mk.
2000 Mk.	22,05 Mk.	35,70 Mk.	13,65 Mk.
3000 Mk.	46,20 Mk.	83,60 Mk.	37,40 Mk.
4000 Mk.	86,65 Mk.	162, — Mk.	75,35 Mk.
5000 Mk.	140,80 Mk.	268,80 Mk.	128, — Mk.
6000 Mk.	188,15 Mk.	389,60 Mk.	181,45 Mk.
7000 Mk.	247,25 Mk.	494,50 Mk.	247,25 Mk.
20000 Mk.	1021,80 Mk.	2200,80 Mk.	1179, — Mk.

Aus den weiteren Sätzen seien noch hervorgehoben:
bei 30000 Mk. 3600 Mk. neue Steuer (mehr 2040 Mk.);
bei 40000 Mk. 5248 Mk. (mehr 3116 Mk.); bei 50000
Mk. 7140 Mk. (mehr 4410 Mk.); bei 100000 Mk. 18000
Mk. (mehr 12150 Mk.); bei 200000 Mk. 47000 Mk. (mehr
34000 Mk.). Von 300000 Mk. Einkommen an aufwärts
wird die Staatssteuer 25 Prozent betragen.

Bermischtes.

Der Tod der Deutschen in Belgien. Nach einer Seidens-
meldung hat in der belgischen Kammer der belgische Kriegs-
minister auf eine Interpellation über die zahlreichen Detonationen
von Munitionsmagazinen geantwortet, daß die Deutschen in Bel-
gien 100000 Gewehre, 1200000 Handgranaten, 3500000 Gran-
aten und Granatwerfer und 25 Millionen Patronen zur Ver-
fügung hätten. Die Granatminen hätten auf belgischen Territorien
eingesetzt worden. Die 30000 Munitionsmagazine, die in
Belgien zerstört wurden, werden nach und nach in Dienst
gestellt; 10000 sind bereits dem Versteck übergeben.

„Republikanischer Führerband“. Im Gegensatz zu der viel-
fachen Stellungnahme von Ministern und Militärs gegen
die Regierung an Anlaß des Führerbandes ist unter dem
Namen „Republikanischer Führerband“ eine Bewegung im Gange,
die den Zusammenschluß aller Führer strebt, die ehrlich auf dem
Boden der Republik stehen und bereit sind, die Regierung gegen
jeden Anlaß zu schützen. Der Band erkennt nur die aus
einer frei gewählten Volksvertretung entspringende Regierung als
rechtmäßig an.

Streich von Beckler Füllungsarbeiten. In der Städtischen
Füllungsabteilung 2. in der Wasserstraße in Berlin
mußte in einigen Klassen der Unterricht ausgesetzt werden, weil
die Schüler, die sich den nötigen notwendigen Charakter haben
aufweisen lassen, freilich. Die Schüler weigerten sich, an den
Tischen zu sitzen, weil der Nachmittagsunterricht nicht ab-
gehalten werden sollte.

Wetter in Württemberg. Nach Blättermeldungen gehen
in der südlichen und westlichen Oberlausitz ununterbrochen
Regenfälle nieder, wie sie seit Jahrzehnten nicht beobachtet wor-
den. Sämtliche Flüsse Wägen Hochwasser. Die Speere und
Weisse traten aus ihren Ufern. Im Riesengebirge und in Schie-
len glühten wolkenbräunliche Regen nieder. Die Temperatur
sank dort auf 4 Grad. Seit 24 Stunden regnet es ununter-
brochen. Infolge der Kälte und des unerwarteten Schneefalles
mußte das Vieh von den Weiden in die hieser hiesigen
Ställe abgetrieben werden.

Neue Verkehrssteuern. Der Preuss. Landesausschuss
gibt ein neues Eisenbahnsteuergesetz zu. Es fordert für Bahn-
bauten, Einführung der neuen Zugbremse und zur Förderung des
Eisenbahnwesens 113 100 000 Mk. Mit Rücksicht auf die schlechte
Finanzlage sind in dem Entwurf die alternativen Vor-
schläge eingestellt.

Handel und Verkehr.

Orb, 1. Juli. Dem heutigen Schweinemarkt
wurden nahezu 350 Stück Mischweine zugeführt. Der
Handel ging flott; es wurden für Mischweine 150—200
Mark per Stück angelegt.

Kaisersberg, 29. Juni. Das städtische Gut Eckhard
auf dem Turmberg bei Durlach wurde ab 1. Oktober an
den Gutspächter Dietrich Porensamp in Unter-
schwandorf bei Nagold verpachtet.

Zum 25 jährigen Amtsjubiläum des Herrn Stadtschul-
theißen Weik in Durlach (28. Juni d. J.) wurde ihm
von einem Vereiner nachhendes Gedicht gewidmet, das
wir auf Wunsch nachträglich zum Abdruck bringen:

1. Wie sehr ich dich verehere
Dem Stadtschultheißen zu Ehr,
Denn du bist so sammelt viele Wäse,
Von hier und sonstwoher.
2. Vor 25 Jahren war's,
Da fiel der Würfel hier,
Und wie er jetzt Stadtschultheißen
Kam da auf das Pantler.
3. Den Glück den die Gemeinde tat,
Mit ihrer einstigen Wahl,
War wohlisch für die hiesige Stadt
Ein Segen allzumal.
4. Denn in dem schweren Amt gehst
Du wohlwollender Mann,
Der nicht bloß Ruhm und Ehr begehrt,
Sondern schafft und helfen kann.
5. Und die Tugend hat der Mann,
Der heut dies fest begehrt,
Der aus Erfahrung sagen kann,
Daß Pflicht die Kraft erhebt.
6. Was für 'ne Qual war für das Amt,
Der schwere Krieg allhier,
Denn die Versorgung alleamt,
Vom Rathaus hollen wir.
7. Und weil zum Wohl des Bürgermanns,
Der Vorstand stets belonnen,
Deshalb gehst in Silbertrang
Nach Eichenlaub gesponnen.
8. Denn Sinnbild ist die Fische gar
Für Festlichkeit und Treue,
Und die hat der Jubilar
Bewiesen oft aufs neue.
9. Drum legne Gott noch lange Zeit
Den ruhigen Jubilar
Mit Glück, Gesundheit allermweil
Noch viele, viele Jahr!

Letzte Nachrichten.

WTB. Amsterdam, 3. Juli. Dem Pressebureau Radio
zufolge schreiben New York World: Wenn Senator Borah
die öffentliche Aufmerksamkeit genügend auf seine Behauptung
lenken kann, daß der Völkerverbund nur ein großes Ge-
schäft ist, dann wird er sich für die Sache des Friedens
nützlich erweisen.

Derselben Agentur zufolge wird ein Teil der amerika-
nischen Hochschule Wilson zur Begrüßung entgegenfahren.
Nach derselben Quelle melden die New York Times,
daß die New Yorker Socialistik Vulkan sich vertraglich
verpflichtet habe, das zerstörte Gebiet in der Gegend von
Rancu wieder aufzubauen.

WTB. Berlin, 4. Juli. Der Lok.-Anz. erzählt aus
Paris: Der Korrespondent der Chicago Tribune schreibt
über den Zusammenstoß amerikanischer Matrosen mit
französischen Soldaten in Mexiko, daß sie überaus ernst
seien, jedoch man jeden Augenblick einen neuen Ausbruch
von Unruhen erwarten könne. Der Pöbel von Mexiko ist
stark amerikanisch gesinnt. Zwei französische Regimenter
müßten in Mexiko stationiert werden, um die Ordnung auf-
recht zu erhalten, ebenso 2 Bataillone amerikanischer Mil-
itärpolizei.

WTB. Berlin, 4. Juli. Eine Erhöhung der Post-
und Telegraphengebühren steht nach dem Verl. Tageblatt
bevor. Die Vorlage, welche der Nationalversammlung zu-
gehen wird, sieht Vorkerhöhungen für alle Postsendungen
und für die Telegraphengebühren eine Erhöhung von 100%
vor.

WTB. Berlin, 4. Juli. (Beil. Lgr.) Die Kreuz-
zeitung veröffentlicht eine Erklärung des Parteivorstan-
des der Deutschkonservativen Partei, in der die ablehnende
Haltung der Deutschkonservativen Partei gegenüber dem
Friedensvertrage gerechtfertigt wird. Für den Frieden wird
die Verantwortung denen zugeschoben, die seit der Reichs-
tagauflösung vom 19. 7. 17 alle Ordnung und Disziplin
im Lande zerstört, das deutsche Heer zermürbet und das
Volk in die Revolution trieben. Die Revolution trage die
Schuld an Deutschlands Anfall. Die Erklärung schließt:
Dieser Revolutionsregierung, die uns um alles gebracht
hat, sagen wir den Kampf an. Wir streben nach Wieder-
herstellung der Monarchie unter dem Spe-
ter der Hohenzollern, die uns Ansehen, Wohlstand, Frei-
heit und Kultur zu verschaffen vermöchten gegenüber der
Jämlichkeit der Gegenwart, des Elendes und der Ver-
achtung, wie sie uns die Demokratie und Massenherlichkeit
gebracht haben.

WTB. Berlin, 4. Juli. Der Eisenbahnartikel von
Frankfurt a. M. hat auch auf Mainz übergegriffen.
Nach einer Meldung der Deutschen Allg. Ztg. haben die
Eisenbahnarbeiter des unbesetzten Teiles des Eisenbahn-
direktionsbezirks Mainz die Arbeit niedergelegt. Ihre
Forderungen sind im wesentlichen dieselben, wie die in Berlin.

WTB. London, 3. Juli. (Ment.) Lloyd George
teilte im Unterhause mit, daß der Gerichtshof zur Ab-
stellung des Kaisers seinen Sitz in London haben
werde.

WTB. Berlin, 4. Juli. Ueber den Inhalt des
Devisenabkommens zwischen Frankreich, England und
Amerika teilt die Post. Ztg. mit, daß der casus foederis
nur bei einem Angriff auf die Neutralität des linken Mittel-
meeres gegeben ist. Falls die militärische Neutralisation des
linken Mittelmeeres und einer rechtsrheinischen Zone einen
unmittelbaren Schutz Frankreich nicht gewährleistet, sollen
Amerika und England Frankreich zu Hilfe kommen. Auf
Verlangen eines der Kontrahenten kann der Rat des Völ-
kerbundes die Annulierung des Abkommens beschließen,
wenn er der Ansicht ist, der Völkerverbund selbst würde ge-
nügende Mittel besitzen, um Frankreich Schutz zu gewähren.
Die englischen Dominions sind ebenfalls an diesen Vertrag
nur bei Zustimmung ihrer Parlamente gebunden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Redaktor: P. u. L.
Druck und Verlag der W. Metzler'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Forstämter Altensteig und Pfalzgrafenweiler,
den 4. Juli 1919.

Das Sammeln von Heidelbeeren

im Staatswald vor 14. Juli ds. J.

ist verboten.

Pferdemärkte in Nagold.



Durch Erlaß der Kreisregierung Neutlingen vom 30. Juni 1919 Nr. 4834 ist das Gesuch der Stadtgemeinde Nagold, in den Jahren 1919, 1920 und 1921 Pferdemärkte am letzten Donnerstag im April, am 1. Montag im Juli, am 3. Donnerstag im Oktober und am 2. Donnerstag im Dezember in Verbindung mit den für diese Tage genehmigten Viehmärkten bezw. sofern sie ausfallen, an Stelle derselben abhalten zu dürfen genehmigt worden.

Zu dem hienach nächsten Montag, den 7. ds. Mts. in Verbindung mit dem Schweinemarkt stattfindenden Pferdmarkt wird eingeladen.

Den 3. Juli 1919.

Stadtschulth.-Amt:
Maier.

Am nächsten Sonntag
Sprechstunde
11-12 1/2 Uhr und Dienstbereitschaft

Dr. Richard Vogel
beim Waldhorn
Telefon Nr. 12.



**Turnverein
Altensteig.**

Morgen Samstag Abend
8 Uhr

Monatsversammlung

im Lokal.
Allseitige Beteiligung erwartet
der Vorstand.

Altensteig.

**Sozialdemokratischer
Berein.**

Morgen Samstag Abend

Zusammenkunft

um 8 Uhr im Gasthaus v. Röhle.

Scherubach.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme die wir bei dem Hinscheiden meiner lieben, unvergesslichen Gattin, unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Friederike Fren
geb. Wurster

erfahren durften, für die überaus zahlreiche Begleitung von nah und fern zu ihrer letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Reppner, sowie für den Gesang des Herrn Lehrers Kraus mit seinen Schülern sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Zur Anfertigung

von

Druckarbeiten

hält sich bei schnellster Bedienung
bestens empfohlen

die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Inh. L. Lauk

— Altensteig. —

Altensteig.

Zur bevorstehenden Bedarfszeit empfehle ich in großer Auswahl:

= Sensen =

Friedrichstaler sowie Neuenbürger Fabrikate

Ausschuß-Sensen und

:: Streu-Sensen ::

Sensenwörbe u. Sensenringe

Wegsteine und Rämpfe

= Sichel =

Dengelgeschirre

Heu- und Dunggabeln

Schüttel- u. Strengabeln

Gabel- und Schaufelstiele

Handschlepprechen und

= Heurechen =

und

Heuzangen und Seilrollen

sowie alle sonstigen landwirtschaftlichen Erntegeräte.

Paul Beck.

Altensteig.

15-20 Jtr.

Stroh

sucht zu kaufen

Güterbeförderer Henzler Ww.

Altensteig.

Hemdenflanell

Rock-, Blusen-,

Kleider- und

Schurz-Stoffe

bei

G. Strobel.

Schöne junge

Hafen

in großer Auswahl verkauft

Ehr. Rienzle, Steinhauer,

Spielberg.

Ein eheliches, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt für sofort oder 15. Juli u. w.

Sengenbach

zum Herzog Eberhard

Bad Liebenzell.

Nagold.

Verhandle 1 1/2 jährigen

Leerstier

an 3-4 jährigen ausgehenden

Zugochsen

Ehr. Schuon (Insel.)

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

— Telefon 41 —

empfeht ihre

Spezial-Creme

gegen Sommerprossen u. Milteffler

Altensteig.

Bodenöl

Maschinenöl

Spezial-

Motoröl

1a. Qualität

hält vorrätig

Karl Henzler sen.

Eisenwarenhdlg.

Altensteig.

Empfehle aus frischen Ladungen

vom Salzwerk Heilbronn

Rochsalz

und

Viehsalz

billigt

E. W. Luz Nachfolger

Fritz Bühler jr.